Anrede,

die Bevölkerung wird derzeit in einem Ausmaß enteignet, wie wir es alle noch nicht erlebt haben. Die Preisexplosion löscht aufs Jahr gerechnet mehr als ein Monatseinkommen aus. Für viele Familien, Alleinstehende, Rentnerinnen und Rentner bedeutet das: es geht längst ans Eingemachte. Die Sächsische Zeitung berichtete erst vor kurzem von einer Rentnerin, die ab Oktober 215 Euro statt wie bisher 75 Euro im Monat für Gas zahlen soll. Es gibt hunderttausende solcher Fälle in Sachsen. Hinzu kommen höhere Stromkosten, höhere Spritkosten und jede und jeder spürt es an der Kasse im Supermarkt. Dazu kommt die unsoziale Gasumlage für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen, die absehbar auch in Aktien-Dividenden fließen wird.

Auf der anderen Seite stehen die Energiekonzerne. Die wiederum nutzen den verbrecherischen Angriffskrieg der russischen Führung gegen die Ukraine, um sich Milliardengewinne zu nehmen, bezahlt von der Bevölkerung. Die Bundesregierung lässt diese Kriegs- und Krisengewinner unbehelligt und Sachsens Regierung trägt das mit. Ja, Herr Kretschmer, auch Ihre Koalition hat im Bundesrat verhindert, dass die Kriegsgewinne per Übergewinnsteuer abgeschöpft werden. 100 Milliarden Euro mehr für Aufrüstung waren hingegen schnell bei der Hand. Und was machen Sie, Herr Ministerpräsident? Während Sie den besagten Konzernen das durchgehen lassen, predigen Sie neuerdings öffentlich den Weltfrieden, dabei schaffen Sie es noch nicht einmal, für sozialen Frieden in Sachsen zu sorgen!

Im Übrigen wäre gerade die Übergewinnsteuer die sozial gerechteste Steuer, die man jetzt überhaupt erheben kann. Sie nimmt das Geld von denen, die sich gerade zu Lasten der Mehrheit die Taschen vollmachen und stellt damit Milliarden ganz gezielt für Entlastungen bereit. Das wäre sozial gerecht.

Diesen Stempel der sozialen Gerechtigkeit sollte der kommende Landeshaushalt auch tragen. Es würde ihm in diesen Zeiten gut zu Gesicht stehen: nämlich diejenigen zu entlasten, die Entlastung brauchen. Dafür wird meine Fraktion Druck machen. Aber bisher will die Staatsregierung mit dem Haushaltsentwurf denselben Fehler machen wie Bundesfinanzminister Lindner: Sie will nicht wirklich investieren, sie will nicht wirklich entlasten. An vielen Stellen ist der Haushaltsentwurf der Staatsregierung einfach ein: Weiter so!, als gäbe es nicht die Corona-Pandemie und den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.

Dabei brauchen die Menschen in Sachsen Investition und Entlastung dringender denn je. Nicht nur die Nebenkosten-Abrechnung macht Mieterinnen und Mietern Angst. Die Einkommen der allermeisten Menschen hinken jetzt schließlich noch weiter hinterher, gerade im Niedriglohnland Sachsen. Hier schuftet ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten für weniger als 1.500 Euro netto im Monat. Laut dem Statistischen Landesamt hat die Hälfte der sächsischen Haushalte monatlich weniger als 2.068 Euro zur Verfügung. Jeder fünfte Haushalt ist bereits von Armut betroffen, insbesondere Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Alleinerziehende. Sie können sich kaum noch einschränken, haben sich schon lange eingeschränkt oder ihr Auto schon lange nicht mehr vollgetankt und gerade am Monatsende auf Einkäufe verzichtet. Eine Urlaubsreise oder selbst Weihnachtsgeschenke rücken in weite Ferne. Da klingen Energiesparvorschläge von hochbezahlten Politikern in den Ohren von vielen Menschen wie ein Hohn.

Millionäre und auch wir Landtagsabgeordnete bekommen in wenigen Tagen 300 Euro Energiebonus, Rentnerinnen und Rentner aber nicht. Dabei beziehen über 300.000 von ihnen in Sachsen nicht einmal 1.000 Euro Rente!

Die Lasten der Krise müssen gerechter verteilt werden. Das ist gerade für den Osten und für Sachsen wichtig: Hier sind die Löhne besonders niedrig, die Energiepreise waren hier schon immer höher und die Rücklagen der Haushalte und Unternehmen besonders gering. Deshalb ist die Aufgabe der LINKEN in dieser Haushaltsrunde klar: **mehr soziale Gerechtigkeit schaffen.** Die Aussage von Bertolt Brecht stimmt auch heute noch: „Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich

nicht arm, wärst Du nicht reich.“ Ich will an vier Punkten aufzeigen, wie wir das mit der sozialen Gerechtigkeit im Haushalt meinen.

Erstens: Es wäre sozial gerecht, die Familien bei den Kita-Elternbeiträgen zu entlasten. Die Kostensteigerungen werden auch die Kita-Kosten hochtreiben und die Kommunen werden an der Beitragsschraube drehen müssen. Wir wollen das nicht! Am besten wäre es, die Elternbeiträge abzuschaffen. Auf jeden Fall muss der Freistaat den Kommunen mehr Geld geben, damit die Elternbeiträge stabil bleiben oder sinken können. Das wäre eine Entlastung, denn eine 9-Stunden-Betreuung kostet schnell 300 Euro im Monat.

Zu den Kita-Gebühren kommen schon jetzt oft monatlich 100 Euro für die Essensversorgung. Daher unsere zweite Forderung: **Es wäre sozial gerecht, allen Kindern in Schule und Kita eine kostenfreie Essensversorgung zu gewähren.** Gesundes Essen belastet den Geldbeutel. Viele Eltern auch in der Mittelschicht können davon ein Lied singen. Berlin gewährt seit Jahren kostenlose Mittagessen in der Schule. Und hier in Sachsen? Hier müssen die Eltern mit Beginn des neuen Schuljahres noch tiefer in die Taschen greifen als zuvor. Kinder können aber nichts dafür, wie viel oder wenig Geld ihre Eltern haben! Also muss der Staat für Gerechtigkeit sorgen. Damit alle Kinder satt werden, sollte die Staatsregierung die Preise deckeln. Spätestens zum Schuljahr 2023/2024 soll es einen Anspruch auf eine vollwertige und für Eltern kostenfreie Mittagsversorgung geben. Außerdem soll die Staatsregierung vom Bund fordern, dass die Mehrwertsteuer auf Kita- und Schulessen wenigstens auf sieben Prozent gesenkt wird.

Familien mit geringem Einkommen haben es sowieso schwer. Die Pandemie hat ihre Lage verschlechtert und jetzt kommen neue Belastungen. Daher unser dritter Vorschlag: **Es wäre sozial gerecht, bedürftige Familien durch ein Gutscheinprogramm zu entlasten.** Wer nur einen Niedriglohn oder Sozialleistungen bekommt, sollte Gutscheine für Freizeitangebote oder Urlaubszuschüsse erhalten. Außerdem sollte die Staatsregierung den Sächsischen Familienpass ausweiten, mit dem Familien öffentliche Einrichtungen wie Burgen, Schlösser und Museen kostenlos besuchen können. Schon wer nur ein Kind hat oder Grundsicherung im Alter braucht, soll den Pass bekommen.

Um Ausflugsziele zu erreichen, muss man aber mobil sein. **Vierte Forderung: Es wäre sozial gerecht, wenn alle Menschen in Sachsen es sich leisten könnten, mit Bus und Bahn zu fahren.** Weil nach der Beobachtung des FDP-Parteivorsitzenden Antifa-Gruppen vor der Parteizentrale der FDP demonstrierten, muss das 9-Euro-Ticket nun den Heldentod sterben, so hat es der Bundesfinanzminister, der FDP-Chef Lindner verfügt. Die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner im Freistaat hat keinen wohnortnahen Zugang zu Bus oder Bahn. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für alle gesetzlich regeln. Dazu haben wir unser ÖPNV-für-alle-Gesetz vorgelegt. Jedem Dorf eine Busanbindung! Alle Menschen ob jung oder alt sollen einen Rechtsanspruch auf kostenlose ÖPNV-Nutzung erhalten.

Neben diesen vier Punkten gibt es weitere Wege zu mehr Gerechtigkeit:

Es wäre sozial gerecht, wenn nicht mehr so viel planmäßiger Unterricht ausfiele. Die Schule muss ungleiche Voraussetzungen ausgleichen. Ich hatte gehofft, die Koalition wäre schon weiter und sich einig darin, genug Stellen für Lehrkräfte einzuplanen – ein Irrtum, der Kultusminister musste wiedermal vor dem Finanzminister zurückstecken.

Es wäre außerdem sozial gerecht, wenn sich der Freistaat stärker für bezahlbaren Wohnraum gerade in den Städten Dresden und Leipzig engagierte. Bisher werden zu wenige Sozialwohnungen gebaut. Förderrichtlinien sind veraltet. Die Koalition lobt sich für die Mietpreisbremse, aber sie kommt zu spät und bremst kaum: Sie gilt weder für modernisierte Wohnungen noch für Neubauten, die den Mietspiegel hochtreiben. Helfen können nur staatliche Eingriffe. Mit einer Landes-Wohnungsbaugesellschaft sollte Sachsen

kommunale Wohnungen sichern und Bestände aufbauen. Wir wollen als LINKE, dass auch gemeinwohlorientierte Akteure gefördert werden!

Ich muss Sie aber enttäuschen: Selbst damit wäre die Aufgabenliste nicht abgearbeitet. Der Freistaat muss seine Pflicht erfüllen, die **Krankenhäuser** bei Investitionskosten zu unterstützen. Die Summe von 240 Millionen Euro, die laut Landeskrankenhausgesellschaft jährlich nötig ist, wird auch diesmal weit unterschritten – es sind nur 140 Millionen im Jahr. Der Rechnungshof warnt, dass die Universitätskliniken Dresden und Leipzig den Versorgungsstandard nicht werden halten können, wenn nicht mehr investiert wird. Und Lehren aus der Pandemie werden haushalterisch auch nicht gezogen – so ist zum Beispiel kein einziger Euro für eine staatliche COVID-19-Folgen-Forschung im Sozialhaushalt vorgesehen und auch vom notwendigen Landesgesundheitsamt fehlt weiterhin jede Spur.

Die Klimaerhitzung lässt auch Sachsen austrocknen, wie die **Waldbrände** brutal zeigten. Es versteht sich von selbst, dass Sachsen in Löschtechnik und Waldumbau investieren muss. Herr Innenminister, Sie haben ja jetzt nach den verheerenden Waldbränden in Sachsen weitere 30 Millionen Investitionen für den Brandschutz gefordert. War das aber nicht die Summe, die Sie bei den Haushaltsverhandlungen vom Finanzminister nicht bewilligt bekommen hatten? Zumindest der Haushaltsentwurf sagt das.

Die Klimakatastrophe ist überhaupt unser größtes Problem. Wir müssen Ressourcen sparen, weshalb ich nicht verstehe, warum Sachsen anders als Thüringen bisher noch nicht dazu in der Lage gewesen ist, einen **Reparaturbonus landesweit** einzuführen. Das, was jetzt im Haushaltsplan dafür eingestellt ist, ist ein absolut lächerlicher Betrag, wenn ich mir den Erfolg des Modellprojektes in Leipzig anschaue. Viel reparieren lässt sich davon nicht oder meint die Staatsregierung, dass in den Regionen des Landes nicht so viel kaputt gehen würde wie in Leipzig?

Außerdem: Wann fangen Sie endlich an, Sonnenenergie auf allen geeigneten öffentlichen Gebäuden, Freiflächen und Parkplätzen zu nutzen? Die erneuerbaren Energieträger sind langfristig die preiswertesten Energiequellen. Es führt kein Weg daran vorbei, sie stärker zu nutzen – nur das bringt Gerechtigkeit und spart langfristig enorme Energiekosten. Sachsen muss endlich den Turbo bei der alternativen Energiegewinnung anschmeißen und Ausreden, Herr Ministerpräsident, wer alles schuldig ist, gelten nicht mehr!

Wie immer wird DIE LINKE gefragt: Wie wollt ihr das alles bezahlen? Es gibt Mittel und Wege, mehr Geld verfügbar zu machen. Die Koalition könnte mit unserer Hilfe die Verfassung ändern und die unsinnige Regel streichen, dass in den nächsten sechs Jahren pro Jahr 700 Millionen Euro **Corona-Kredite** getilgt werden. Die Rückzahlung zu strecken würde einen hohen dreistelligen Millionenbetrag im Jahr freisetzen. Wir bleiben auch bei unserer Forderung, die Zuführung in den sinnvollen und notwendigen Fonds für Beamtenpensionen zu reduzieren. Doch zu alledem ist diese Koalition aus ideologischen Gründen nicht in der Lage. Sie ist zerstritten. Wochenlang hat sie sich über Presseinterviews gefetzt. Anstelle von ***Ent***lastungen plant die Regierung sogar neue ***Be***lastungen: Wenn Familien Wohneigentum erwerben wollen, sollen sie deutlich mehr Grunderwerbssteuer zahlen.

Gleichzeitig wird im Haushaltsbegleitgesetz die Novellierung des Wassergesetzes vorgenommen, um die Heil- und Kurbäder im Freistaat mit einer Wasserabgabe in weitere finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bringen, auch für die Nutzung des anfallenden Grubenwassers in Besucherbergwerken soll gezahlt werden. Besucherbergwerke sind insbesondere für das Erzgebirge eines der Aushängeschilder, insbesondere spielten sie auch bei der Erringung des Weltkulturerbe-Titels der Montanregion Erzgebirge eine wichtige Rolle. Der Schutz, die Pflege und der Erhalt der Welterbe-Bestandteile sind Voraussetzung, um diesen Titel dauerhaft tragen zu dürfen. Das will das Umweltministerium von Herrn Günther aufs Spiel setzen. Wofür eigentlich?

Diese Koalition ist nicht in der Lage, soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Wir warten immer noch auf das neue **Vergabegesetz**. Wir haben Ihnen jetzt im Sommer einen eigenen Entwurf vorgelegt! Der Staat müsste längst mehr Druck machen für höhere Löhne! Der Freistaat und seine Kommunen sind die größten Auftraggeber – umso größer ist ihre Verantwortung, Gerechtigkeit in der Arbeitswelt zu befördern. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die ihre Beschäftigten ordentlich behandeln, sie angemessen bezahlen und die Umwelt nicht schädigen. ‚Billig siegt!' muss vorbei sein. Wir fordern ordentliche Arbeitsbedingungen und in unserem Vergabegesetz einen Stundenlohn von mindestens 13,50 Euro brutto, auch bei Leiharbeit und Subunternehmen!

Gegenüber dem Bund ist die Koalition ebenfalls nicht in der Lage, für Entlastung einzutreten.
Wo ist ihr Einsatz dafür, dass die perversen Kriegsgewinne der Mineralöl-, Lebensmittel- und Energiekonzerne steuerlich abgeschöpft werden?
Wo ist ihr Einsatz für einen Strom- und einen Gaspreisdeckel, der den Grundverbrauch bezahlbar hält und Luxusverbrauch verteuert? „Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Worte sind billig, es müssen den Worten Taten folgen", hat schon Altbundeskanzler Adenauer festgestellt, Herr Wirtschaftsminister Dulig.
Wo ist ihr Einsatz dafür, dass Strom- und Gassperren verboten werden?
Wo ist ihr Einsatz für angemessene Direktzahlungen als Ausgleichsmaßnahmen an alle bedürftigen Haushalte?
Wo ist ihr Einsatz dafür, dass die Energiepreise wieder staatlich beaufsichtigt und reguliert werden? Das forderte jetzt sogar der Sächsische Wirtschaftsverband vor ein paar Tagen.
Wo ist ihr Einsatz dafür, dass die Einnahmen aus der CO_2-Steuer an die Bevölkerung zurückfließen?

Aber eigentlich wundere ich mich, wundern wir uns als Fraktion nicht über diesen Haushaltsentwurf:
Die CDU blockiert wie immer den Fortschritt und pfeift auf jene Bevölkerungsschichten, die trotz Arbeit oder ohne Arbeit in Armut leben. Auch weil die CDU Sachsen jahrelang die erneuerbaren Energieträger verteufelt und den Ausbau behindert hat, sind wir so abhängig von teuren und unsicheren Energiequellen - anstatt umweltfreundliche Energie hier bei uns zu erzeugen und dadurch auch noch Arbeitsplätze für hier Lebende zu schaffen.

Die Grünen lehnen den Gaspreisdeckel ab, weil niedrigere Gaspreise angeblich Verschwendung beförderten. Sie sollten Ihr Menschenbild überdenken! Niemand hat etwas gegen das Energiesparen, aber alle haben einen Grundbedarf, den sie nicht beliebig kürzen können. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben keinen Pool, dessen Heizung sie abschalten könnten, sondern Heizkörper, Licht, Herd und Waschmaschine. Ein Preisdeckel für Erdgas wäre sozial gerecht, weil die meisten Haushalte in Sachsen mit der Kostensteigerung zu kämpfen haben.

Den vom **SPD**-Staatsminister Dulig angekündigten Härtefallfonds wird es auch nicht geben, weil auch hier mal wieder Uneinigkeit in der Koalition herrscht: die einen lehnen die Verantwortung ab und die anderen die Ausgestaltung. Und wer sind die Leidtragenden? Nicht die Koalitionäre, sondern die Menschen, die sowieso schon wenig in der Tasche haben. Das ist definitiv kein Zustand, meine Damen und Herrn von den regierungstragenden Fraktionen. Der Haushaltsentwurf der Regierung wird den enormen Herausforderungen unserer Zeit nicht gerecht und birgt enorme Risiken.

Der Landeshaushalt setzt aus unserer Sicht nicht die richtigen Prioritäten. Es braucht viel deutlicher, spürbarer den Stempel der sozialen Gerechtigkeit – dafür werden wir auch in den Haushaltsverhandlungen mit unseren sinnvollen Änderungsvorschlägen streiten!